

Aussprache

Der Ruf nach Reformen

Der Ruf unserer Jugend nach demokratischer und wirtschaftlicher Freiheit wird um so dringender, da von gewissen Kreisen keine Bemühungen unterlassen werden, Staats- und sozialpolitische Reformbestrebungen mit nichtsagenden Gründen abtun zu wollen. Wenn Geschichte Lehrmeisterin ist, so zwingt diese Tatsache alle verantwortungsbewußten Bundesbürger zur intensiven Mitarbeit, um die von der Jugend geforderten Reformen zu unterstützen.

Im Geschehen unserer Tage sind Spannungen aufgetreten, die für viele Bereiche des täglichen Lebens, für Schule, Erziehung und die damit unmittelbar verbundenen sozialen und beruflichen Fragen schädliche Auswirkungen hervorgerufen haben. Ohne in den Verdacht zu kommen, den Vätern des Grundgesetzes für ihre Arbeit die Anerkennung zu versagen darf nicht verschwiegen werden, daß unser Grundgesetz weiterentwickelt und verwirklicht werden muß. Staatspolitisches Verantwortungsbewußtsein drängt zu Reformen, ohne die Bestand und Festigung unseres sozialen Rechtsstaates gefährdet sind.

Über Reformen unserer parlamentarischen Arbeit ist in letzter Zeit in der Öffentlichkeit diskutiert worden. Überzeugte Demokraten wissen, daß unserer parlamentarischen Arbeit Fehler anhaften, die nur durch ein gemeinsames demokratisches Handeln gelöst werden können. Die im DGB organisierten Gewerkschafter sind der Auffassung, daß in einem demokratischen Staat demokratisches Handeln

nur von überzeugten Demokraten verwirklicht werden kann.

Dies bewies mir kürzlich erneut ein Podiumsgespräch. In lautstarken Auseinandersetzungen von jugendlichen „Auch-Demokraten“ vertrat man die Ansicht, unser Parlament sei nur das Forum für nichtssagende Reden. Dabei konnte man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß man sich in den Reihen der meist jugendlichen Zuhörer noch manches sagen lassen und über Demokratie noch manches hinzulernen müsse. Das veranlaßte mich, an die von einem maßgebenden Politiker geäußerte Meinung zu erinnern, daß Reformen sich nur in sachlicher Arbeit durchsetzen lassen. Dazu gehört ein ausgeprägtes Selbstbewußtsein. Dieses Selbstbewußtsein darf weder vor den Toren der Wirtschaftsbetriebe noch der amtlichen Stellen aufhören. Autoritäre Gesinnung und die sich daraus ergebenden Reservate haben in einem demokratischen Staat keine Existenzberechtigung.

Diese Grundsatzforderung immer wieder herauszustellen, ist um so notwendiger, als wir wissen, daß führende Kreise der Wirtschaft nicht nachlassen, von Regierung und Parlament zu fordern, soziale Strukturänderungen im Wirtschaftsleben, so in Fragen der betrieblichen Mitbestimmung, zurückzustellen. Sie erwarten also Toleranz dem Kapital gegenüber. Diese Toleranz hat aber ihre Grenzen. Keinesfalls darf sie „zum Gewährenlassen wirtschaftlicher Bestrebungen“ führen. Parlamentarische Demokratie ist ohne demokratische Wirtschaftsführung in unserem sozialen Rechtsstaat nicht denkbar. Diese unbestreitbare Tatsache ist in den letzten Jahren bei weiten Volksschichten immer sichtbarer geworden. Probleme sozialer und struktureller Art sind

ohne die geforderten Reformen auf die Dauer nicht zu lösen.

Ein Rückblick auf die Zeit autoritärer Macht und die dabei gewonnenen Erfahrungen sollten uns zum Nachdenken veranlassen. Als demokratische Staatsbürger sollten wir die Reformbestrebungen unserer Jugend unterstützen. Dazu bietet sich in unserer gewerkschaftlichen Arbeit ein weites Betätigungsfeld. Gemeinsames Verantwortungsbewußtsein für Junge und Alte schafft ein gutes Omen, dieser Aufgabe nachzukommen. In Gesprächen mit den Abgeordneten des neuen Deutschen Bundestages muß unablässig versucht werden, die notwendigen Reformen gesetzlich festzulegen und die Durchführung zu garantieren. Die im DGB organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten sind sich dessen bewußt, daß Regierung und Parlament bei diesen staatspolitischen Aufgaben mit allen zu Geboten stehenden Mitteln unterstützt werden müssen.

M. Kemmerling, Düsseldorf